

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 60 38/39
Telefax: 8 89 846 ppbn d
Telefax: 21 08 64

Inhalt

Dr. Wilhelm Bruns zur Regierungsbildung in Ostberlin: Pazifistische Außenpolitik der DDR?

Seite 1

Erwin Horn MdB zu Stoltenbergs Ausführungen über die Bonner Verteidigungskonzeption: Auf der Hardthöhe herrscht das Chaos.

Seite 3

Bernd Hering MdL zur Weigerung des Freistaates Bayern, das DDR-Abitur anzuerkennen: Kulturpolitischer Mauerbau der CSU.

Seite 4

Hans Eichel zu Konsequenzen aus der deutsch-deutschen Entwicklung: Sozialpflicht statt Wehrpflicht.

Seite 5

45. Jahrgang / 71

11. April 1990

Pazifistische Außenpolitik der DDR?

Zur Regierungsbildung in Ostberlin

Von Dr. Wilhelm Bruns
Abteilungsleiter in der Friedrich-Ebert-Stiftung

Drei Pfarrer sind für die Außenpolitik der Noch-DDR zuständig. Der DSU-Vorsitzende Ebeling wird Entwicklungshilfeminister (bisher betrieb die DDR zwar Entwicklungshilfe, hatte aber kein Entwicklungshilfeministerium). Eppelmann wird Minister für Verteidigung und Abrüstung (ein solches Ministerium gab es bisher auch nicht in der DDR) und der amtierende SPD-Chef Markus Meckel wird neuer DDR-Außenminister.

Von der Logik der Ereignisse und den Zwängen her, vor denen die DDR national und international steht, ist die künftige Aufgabenverteilung klar:

Ebeling wird in seinem neuen Ministerium eine Art Bestandsaufnahme bisheriger DDR-Entwicklungshilfe vornehmen (einschließlich der Klärung der Waffentieferungen der DDR, die den Zahlen für Entwicklungshilfe eingerechnet wurden). Operativ wird von ihm nichts Nennenswertes unternommen werden können, nicht zuletzt aus Gründen unzureichender Ressourcen.

Pfarrer Eppelmann - der ehrenwerte Pazifist - wird die NVA, die ohnehin in Auflösung begriffen ist, geordnet auflösen und die Konversion praktisch erproben. Einmalig: Ein deutscher Verteidigungs- und Abrüstungsminister, der nach Drehbüchern westlicher Friedensforschung sein Amt „erledigt“.

Im übrigen: Eine solche Karriere wie Eppelmann kann man wohl nur in einem Staat mit dieser Geschichte machen.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verbindliche Umarmung
mit warmem Rotzahn
Reinigungs-Papier



II.

So überraschend Ebling und Eppelmann zu „ihren“ Ministerien gekommen sind, so sicher war die Erwartung, daß Markus Meckel DDR-Außenminister werden würde. Er hat die schwierigste und wichtigste Aufgabe übernommen. Er ist zwar kein „gelernter“ Außenminister, aber er ist jemand, der feste friedenspolitische Grundsätze hat und durchsetzungsfähig ist.

Überragende Aufgabe der neuen DDR-Regierung ist die Gestaltung des deutschen Einigungsprozesses, das heißt seiner inneren und äußeren Aspekte.

Neben der Teilnahme an den Wiener Abrüstungsverhandlungen, an den Beratungen der Genfer Abrüstungskonferenz und der unvermeidlichen, jedoch reduzierten üblichen Besuchsdiplomatie wird der Außenminister der Noch-DDR seine Stimme bei den sogenannten 2 + 4-Gesprächen zur Geltung bringen. Gemeint sind jene Gespräche, in denen die beiden deutschen Staaten sowie die vier ehemaligen Siegermächte UdSSR, USA, Frankreich und Großbritannien versuchen, die äußeren Aspekte der deutschen Einigung zu klären.

Im wesentlichen sind dies drei Probleme:

- Sicherheitspolitischer Status Deutschlands,
- Grenzfeststellung,
- Umfang und Struktur künftiger deutscher Streitkräfte.

Unmittelbar nach der Vereidigung der Minister des Kabinetts de Maiziere wird der Politische Direktor des Ost-Berliner Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten mit seinem Bonner Amtskollegen Kastrup die vorgesehene Außenministerrunde für Ende April 1990 vorbereiten. An dieser 2 + 4-Außenministerrunde nimmt dann der neue DDR-Außenminister Markus Meckel gleichberechtigt teil.

III.

Bis dahin muß die neue DDR-Regierung ihre Linie für die 2 + 4-Gespräche klären. Klärungsbedürftig ist insbesondere die Frage nach dem künftigen sicherheitspolitischen Status Deutschlands, wobei sich diese Frage zuspitzen läßt auf die Frage nach der Mitgliedschaft in den Bündnissen. Bis zuletzt umstritten in den Koalitionsverhandlungen war die Frage nach diesem sicherheitspolitischen Status. In der Friedens- und Abrüstungspolitik der neuen DDR-Regierung sind zwei Denkrichtungen beziehungsweise Ansätze erkennbar:

- Eine mehr pazifistische Orientierung auf völlige Entmilitarisierung und Blockfreiheit Deutschlands. Der neue DDR-Verteidigungs- und Abrüstungsminister Eppelmann fordert beispielsweise die Wegnahme von zwei Elementen der gültigen NATO-Strategie, die Aufgabe der Vorneverteidigung, den Verzicht auf den Ersteinsatz von Nuklearwaffen. Dazu die Umwandlung der Rüstungsindustrie auf Friedensproduktion, die völlige Entmilitarisierung und Blockfreiheit Deutschlands sowie den „baldigen“ Abzug ausländischer Truppen von deutschem Boden.
- Diesem Radikal-Ansatz, der friedenspolitisch begründet ist, steht eine sehr pragmatische (nicht profilierte) Linie Maizieres gegenüber, die um eine enge Abstimmung und Übereinstimmung mit Bundeskanzler Kohl bemüht ist.

IV.

Ob aus diesen beiden konkurrierenden Denkrichtungen eine Außen- und Sicherheitspolitik der Noch-DDR wird, muß abgewartet werden. Setzt sich der Radikalansatz durch, wird die DDR kein einfacher Partner Bonns sein und die 2 + 4-Gespräche zu einem spannenden Unternehmen machen.

(-/11.4.1990/va-ha/rs)

Auf der Hardthöhe herrscht das Chaos

Zu Stoltenbergs Ausführungen über die Bonner Verteidigungskonzeption

Von Erwin Horn MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Verteidigungsausschuß des Deutschen Bundestages

Auf der Hardthöhe herrscht das Chaos. Die Bundeswehrplanung ist ein einziges Desaster. Was der Verteidigungsminister stückweise von sich gibt, kommt zu spät, zu unverbindlich und zu halbherzig. Die politische Leitung hat den Planern im Verteidigungsministerium und damit auch den Soldaten kein Ziel vorgegeben. Dadurch herrschen völlige Planlosigkeit und Irritation in der Bundeswehr. Soldaten und zivile Mitarbeiter haben Angst um ihre berufliche Existenz. Der Minister nimmt die Zukunftssorgen der ihm anvertrauten Soldaten und Zivilbediensteten nicht ernst.

Die SPD fordert die unverzügliche Vorlage einer durchgreifenden Bundeswehrplanung, die in den 90er Jahren Bestand hat. Die Sozialdemokraten fordern zugleich auf der Grundlage dieser Planung die Erstellung eines Programmes für regionale Strukturpolitik, das einen Ausgleich für Standortauflösungen beziehungsweise -verringerungen der Bundeswehr und der Alliierten Streitkräfte bietet. Die Arbeitnehmer bei der Bundeswehr und den verbündeten Streitkräften dürfen nicht verschaukelt und ihrer beruflichen Existenz beraubt werden.

Dem Bundesverteidigungsminister sind die ungeheuren sozialen Folgen der Reduzierung bei der Bundeswehr und den Alliierten sehr wohl bekannt. Um die betroffenen Menschen über die Bundestagswahl hinwegzutäuschen, will er die jetzt schon vorliegende „Schubladen-Planung“ erst in der ersten Hälfte des Jahres 1991 - also nach der Wahl - bekanntgeben.

Das ist verantwortungslos. Die SPD wird Minister Stoltenberg mit allen parlamentarischen Mitteln zwingen, die Karten sofort auf den Tisch zu legen.

{11.4.1990/vo-he/rs}

* * *

Kulturpolitischer Mauerbau der CSU

Zur Weigerung des Freistaates Bayern, das DDR-Abitur anzuerkennen

Von Bernd Hering MdL

Hochschulpolitischer Sprecher der bayerischen SPD-Landtagsfraktion

In Berlin ist die Mauer gefallen, doch CSU-Kultusminister Zehetmair baut an den Grenzen des Freistaates Bayern eine neue Mauer auf: Weil der CSU-Minister das DDR-Abitur nicht mehr anerkennt, können DDR-Studenten nicht im Freistaat studieren. Damit gebärdet sich Zehetmair trotz vollmundiger Bekenntnisse zur deutschen Einheit nicht wie ein Freistaats-, sondern wie ein Kleinstaatsminister.

Der CSU-Minister weiß offensichtlich nicht, daß das Bildungssystem in der Bundesrepublik auf der Grundlage des föderativen Systems aufgebaut ist. Gemeinsame Verhandlungspartner für Bildung, Kultur und Wissenschaft sind nun einmal die Länder und der Bund. Mit bayerischen Alleingängen und Quertreibereien läßt sich das Grundsatzproblem nicht lösen.

Anstatt vorschnell aus diesem Verbund auszuscheren und einen Bruch der Vertragsgrundlagen zu provozieren, sollte der CSU-Minister sein Votum rückgängig machen und in der Sondersitzung der Kultusminister-Konferenz am 10. Mai mit seinen Ressortkollegen in den anderen Ländern einen gemeinsamen Beschluß zur Anerkennung der DDR-Abiturnoten fassen.

Dieser Einheitsbeschluß ist überfällig, da mit Sicherheit DDR-Abiturienten auf die bundesdeutschen Hochschulen drängen und die schon in vielen Studiengängen unerträgliche Überlast noch verstärken. Ungeordnete Zugänge werden die teilweise miserablen Studienbedingungen noch verschlechtern. Dies würde zu einem Infarkt des Hochschulbetriebs führen. CSU-Minister Zehetmair muß endlich auf die Linie einschwenken, wie sie der SPD-Kultusminister Breitenbach im Saarland und der CDU-Kultusminister Gölter in Rheinland-Pfalz vertreten: beide favorisieren eine Quotenregelung.

In einem Punkt hat Kultusminister Zehetmair recht: die Einser in der DDR-Abituren inflationieren. Bei den Numerus-clausus-Fächern würden also DDR-Abiturienten gegenüber den Bewerbern aus der Bundesrepublik bevorzugt. Deshalb tritt die bayerische SPD-Landtagsfraktion Übergangsweise für eine Länder-Quoten-Regelung ein. In Numerus-clausus-Studienfächern wird eine feste Quote der Studienplätze - zwischen zwei und fünf Prozent - an DDR-Abiturienten vergeben. Dies bedeutet, daß die DDR-Bewerber untereinander konkurrieren.

(-/11.4.1990/vb-he/rs)

* * *

Sozialpflicht statt Wehrpflicht

Zu Konsequenzen aus der deutsch-deutschen Entwicklung

Von Hans Eichel
Vorsitzender der hessischen SPD

Die Einrichtung einer einjährigen allgemeinen „Sozialdienstpflicht“ für alle jungen Menschen in einem vereinigten Deutschland ist ein Gebot der Zeit. Alle Experten sind sich einig, daß es in Deutschland über kurz oder lang keine Wehrpflicht mehr geben wird, und daß die deutschen Sicherheitsinteressen mit einer zahlenmäßig beschränkten Berufarmee voll abgedeckt wären.

Gleichzeitig aber spitzt sich die Situation im Bereich der sozialen Hilfsdienste immer mehr zu. Schon heute können viele Hilfeleistungen für Kranke, Bedürftige und Alte nicht mehr ohne das große „Heer“ der Zivildienstleistenden aufrechterhalten werden. Deshalb sollten mit dem Ende einer allgemeinen Wehrpflicht alle jungen Menschen unserer Gesellschaft, Frauen und Männer, im Rahmen eines sozialen Jahres ihre Solidarität und ihre Verantwortung gegenüber den Schwachen und Hilfsbedürftigen in unserer Gesellschaft zeigen.

Gleichzeitig würde durch einen solchen Dienst gerade bei jungen Menschen wertvolle Einsichten auch in die Schattenseiten des Lebens vermittelt.

Gerade in einer Zeit, wo für viele Menschen der Dienst mit der Waffe immer unsinniger wird, wäre dieses soziale Jahr rasch in die Praxis umzusetzen. Die jungen Menschen sollten dabei nach dem Beispiel der Studienfinanzierung über das BAFöG eine entsprechende Vergütung für ihre Arbeit im Dienste der Gesellschaft erhalten.

Auch ist zu überlegen, ob bei dieser Gelegenheit die bisher vorhandenen Hilfs- und Unterstützungsdienste der Bundesrepublik, wie etwa der Entwicklungshilfedienst, nicht zusammengefaßt und nach einer einheitlichen rechtlichen und finanziellen Ordnung behandelt werden könnten.

(-/11.4.1990/vo-he/rs)

* * *

Solidarität mit den Sozialdemokraten in der DDR - Sonderrabatt 50 % -



SPD-Pressedienst GmbH
Postfach 12 04 08

5300 Bonn 1

Ich bestelle ab..... zur Lieferung an eine Gliederung der Sozialdemokratischen Partei in der DDR folgende Informationsdienste:

Parlamentarische Politischer Pressedienst (PPP).....	DM 41,25
PPP-Hintergrunddienst.....	DM 24,75
Sozialdemokratischer Pressedienst.....	DM 41,25
SPD-Pressedienst/Wirtschaft	DM 24,75
SPD-Pressedienst/Europa.....	DM 13,75
blick nach rechts	DM 4,90

(alle Preise monatlich zuzügl. Porto und MWSt.)

Ich bitte, mir die Adresse des Empfängers mitzuteilen

.....
(Name, Vorname)

.....
(Datum)

.....
(Straße)

.....
(Unterschrift)

.....
(PLZ Wohnort)

Mir ist bekannt, daß ich diese Bestellung innerhalb einer Woche gegenüber der SPD-Pressedienst GmbH, Heussallee 2-10, Presschaus 1/217, Postfach 12 04 08, 5300 Bonn 1, schriftlich widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

.....
(Datum)

.....
(Unterschrift)

(Die Bestellung bitte zweimal unterschreiben)